

Positionspapier BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Potsdamer Stadtwerke erneuern"

Die Neubestellung der Geschäftsführungen der Potsdamer Stadtwerke und ihrer Tochtergesellschaften STEP und EWP bietet eine gute Gelegenheit, um auch die Strategie des Konzerns, insbesondere hinsichtlich Klimaschutz und Nachhaltigkeit, neu zu orientieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Potsdam haben sich in einer Arbeitsgruppe mit wichtigen Fragen der zukünftigen Unternehmenspolitik beschäftigt und Vorschläge sowie Forderungen an die Stadt und die Unternehmensführung erarbeitet. Das Papier ist eine Einladung zur Diskussion. Wir wollen es in der Stadtverordnetenversammlung und den Aufsichtsräten der Unternehmen der Stadtwerke Potsdam beraten.

Laut der Studie "Stadtwerke – fit für die Zukunft" des FAZ-Fachverlags und der Universität Leipzig sehen die Geschäftsführer der Stadtwerke in Deutschland ihre Unternehmen vor großen Herausforderungen. In den Kerngeschäften Vertrieb und Netze für Strom und Gas sehen sie in den nächsten Jahren rückläufige Erträge. Neue chancenreiche Geschäftsfelder werden in Energie-dienstleistungen, der Telekommunikation, der Erzeugung von erneuerbaren Energien und in Speichertechnologien gesehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen auch die Stadtwerke Potsdam als Holding der EWP und der Netzgesellschaft vor wachsenden Herausforderungen.

Kompetenzen Stadtwerkeholding

Durch Affären geschwächt und durch die Neubesetzungen von Geschäftsführerpositionen vor einem Neustart, müssen Kompetenzen und Ziele der Stadtwerkeholding neu geklärt werden. Auf jeden Fall muss aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landeshauptstadt Potsdam ihre Rolle als Eigentümerin stärken. Ein starkes und leistungsfähiges Beteiligungsmanagement in der Stadt ist eine wichtige Schnittstelle zwischen Verwaltung und den kommunalen Unternehmen. Die Kontrolle des Risikomanagements, die Formulierung von Zielen und die Überprüfung der Zielerreichung der städtischen Beteiligungen muss wesentlich intensiver als bisher von Seiten der Stadt wahrgenommen werden. Dies liegt im ureigenen Interesse der Stadt und ihrer Bürger, die im schlechtesten Falle mit ihren Steuergeldern haften.

Für die Steuerung des Verbunds sehen wir zwei Alternativen:

1. Eine strategische Holding

Die EWP darf nicht mehr eine Zwitterrolle als „heimliche Holding“ spielen und muss fester in den Unternehmensverbund eingebunden werden.

Die Stadtwerke als Holding entwickeln als Partner der Stadt die strategische Ausrichtung für die gesamte Holding und die Verbundunternehmen und geben nach Abstimmung mit dem Eigentümer Stadt und dem Aufsichtsrat über die Gesamtziele, die Strategien und Teilziele für die einzelnen Unternehmen vor. Wie bisher sollten zentrale Unternehmensdienstleistungen wie Personalmanagement von der Holding für die Tochterunternehmen erbracht werden.

2. Eine Dienstleistungsholding

In diesem Modell wäre die Rolle der Holding auf die Erbringung zentraler Dienstleistungen reduziert. Die einzelnen Verbundunternehmen entwickeln ihre Unternehmensstrategie selbständig auf Grundlage der von der Verwaltung vorgegebenen Ziele.

Welche Rolle die Stadtwerkeholding zukünftig spielen soll, muss aus unserer Sicht vor der Besetzung der Geschäftsführerposten geklärt werden, da dies direkte Auswirkungen auf die Stellenbeschreibung hat und unterschiedliche Kompetenzen der potentiellen Kandidaten erfordert.

Daher wollen wir diese wichtige Frage weiter öffentlich diskutieren, z.B. in einem Fachgespräch.

Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2012 zur Bürgerbeteiligung bei der EWP

Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits 2012 den Beschluss gefasst, eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der EWP als Kapitalaufstockung als auch einen Rückkauf der Anteil der EON edis AG zu prüfen.

Eine so verstandene Bürgerbeteiligung verbunden mit einer Kapitalaufstockung bietet einerseits die Möglichkeit, die langfristige Kundenbindung zu erhöhen, und andererseits auch die EWP auf erneuerbare Energien und Speicherkapazitäten auszurichten.

Dieser Prüfauftrag wurde von der Stadtverwaltung ignoriert und seit nunmehr fünf Jahren nicht umgesetzt. Wir erwarten eine zügige Stellungnahme der Verwaltung und werden diese in der Stadtverordnetenversammlung und den Fachausschüssen einfordern.

Rekommunalisierung des Anteils von EON edis AG an der EWP

Unabhängig von den beiden vorher beschriebenen Modellen der Holding passt aus Sicht von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ein 35%iger Anteil eines börsenorientierten Unternehmens an der EWP nicht zu einer kommunalen Stadtwerkeholding. Daher fordern wir, mittelfristig diesen Anteil zu rekommunalisieren, je nach Ergebnis des Prüfauftrags auch mit einer Unterstützung durch eine finanzielle Bürgerbeteiligung.

Compliance

Die EWP hat die Empfehlungen der Transparenzkommission (Bericht zur Korruptionsprävention 2012/2013 der Antikorruptionsbeauftragten und der Ombudsfrau der Landeshauptstadt Potsdam, aus dem Jahr 2014) schleppender umgesetzt als andere städtische Gesellschaften. Zum Beispiel hat das Rechnungsprüfungsamt kein Prüfrecht bei der EWP im Gegensatz zu anderen kommunalen Unternehmen.

Wir sehen hier einen Nachholbedarf und erwarten eine vollständige Umsetzung der Empfehlungen in allen Gesellschaften des Stadtwerkeverbunds. Dies gilt insbesondere dafür, möglichst keine Doppelfunktionen von Geschäftsführern in mehreren Unternehmen mehr vorzusehen.

Für einen glaubwürdigen Neustart der Stadtwerkeholding und ihrer Tochterunternehmen fordern wir vom Oberbürgermeister eine vollständige und umfassende Berichterstattung zur Aufarbeitung der Stadtwerkeaffäre der Öffentlichkeit zügig vorzulegen.

Diese Analyse ist erforderlich, damit die richtigen Schlüsse für nötige Anpassungen und Konkretisierungen der Complianceregeln gezogen werden können..

Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass die Stadtwerke nunmehr eine Compliance-Beauftragte eingesetzt haben. Darüber hinaus fordern wir, dass :

- Gehaltsrahmen für Vergütungen von Führungspositionen bei den Stadtwerken festgelegt werden;
- dauerhafte Abordnungen zwischen Unternehmen des Stadtwerkeverbundes und seiner Eigner, die durch Geschäftsbesorgungsverträge ausgeglichen werden müssen, aufgehoben werden, indem die Betroffenen direkt bei den Unternehmen angestellt werden;

- Doppelfunktionen in mehreren Stadtwerke-Unternehmen (insbesondere in Führungsfunktionen) zukünftig weitgehend ausgeschlossen werden.

Ferner regen wir an, dass

- die Förderung von Maßnahmen zur Sicherung der Compliance und die Stärkung einer offenen und vertrauensvollen Unternehmenskultur verbindlich in den Zielvereinbarungen mit den Geschäftsführern verankert werden;
- geprüft wird, ob der Compliancebericht als Teil in den verpflichtenden Nachhaltigkeitsbericht der SWP integriert werden kann.

Mehr Erneuerbare Energien bei der Energie und Wasser Potsdam

Der Anteil der erneuerbaren Energien am verkauften Strom der EWP ist gering und besteht zum großen Teil aus Zukäufen. Außerdem sind die Preise für Ökostrom im Vergleich zu anderen Anbietern sehr hoch. Daher begrüßen wir grundsätzlich die Ankündigung der EWP, die Stromlieferungen für Privatkunden komplett auf Ökostrom umzustellen als ersten Schritt, sehen dies aber hauptsächlich als Marketingaktion. Die derzeitigen Marktbedingungen ermöglichen es der EWP, die erforderlichen Mengen an Ökostrom günstig einzukaufen und ohne Aufpreis an die Kunden weiterzuleiten. Für das Potsdamer Gaskraftwerk hat die Stromerzeugung nur untergeordnete Bedeutung. Entscheidend für die Erreichung der Klimaziele ist daher der Einstieg in die Wärme- und Kälteerzeugung mit erneuerbaren Energien.

Unsere Forderungen an die EWP bzw. an die Stadt Potsdam als mittelbarem Hauptgesellschafter der EWP sind:

- Erhöhung der Investitionen in die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien mit dem Ziel von 100% bis 2050
- Mehr Solardächer in der Stadt. Hier kann die Stadt auf öffentlichen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen.
- Einstieg in die Erzeugung von Fernwärme mit erneuerbaren Energien und kontinuierliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien im Potsdamer Fernwärmenetz (u.a. durch Anschluss externer Wärmeerzeuger oder von gewerblichen Abwärmequellen)
- Einstieg in die dezentrale Wärmeversorgung mit BHKWs in Quartieren

Stärkung der Kundengewinnung und Kundenbindung

Bürger einer Stadt haben i.d.R. eine hohe Identifikation mit „ihren“ Stadtwerken. Sie sehen die Bedeutung der Stadtwerke für Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und als ein wichtiges Instrument kommunaler Daseinsfürsorge.

Bei der EWP jedoch halten sich Kundenzuwachs und Kundenabwanderung bei den Strom- und Gaskunden trotz stetigen Einwohnerzuwachses die Waage. Bei einer so rasant wachsenden Stadt wie Potsdam bedeutet dies faktisch eine Verminderung des Marktanteils der EWP. Wir fordern daher von der neuen Geschäftsführung eine wirksamere Strategie zur Kundenbindung und Kundenrück-gewinnung sowie neue, kluge Ansätze, um die EWP langfristig als modernes Dienstleistungs-unternehmen am Markt zu etablieren, das Klimaschutz, Innovation und Regionalität verbindet.

Wir erkennen an, dass die EWP bereits jetzt Dienstleistungen zum Energiesparen (Energiesparberatung, Bildungsangebote für Schulen etc.) anbietet. Eine Beratung zu Fördermitteln, die Bürger für Energieerzeugung oder -einsparung in Anspruch nehmen können, gibt es jedoch nicht.

Wir fordern von der Stadt eine Bündelung der Beratungsangebote in einer neu zu gründenden unabhängigen Klimaschutzagentur. Die Klimaschutzagentur Hannover ist für uns ein gutes Beispiel, an dem sich Potsdam orientieren kann.

Die gemeinnützige Klimaschutzagentur Region Hannover bündelt seit 2001 alle regionalen Klimaschutzaktivitäten und baut laut Eigendarstellung die Rolle des Klimaschutzes in der Region weiter aus. Sie informiert Unternehmen und Bürger in der Region Hannover zu einem breiten Themenspektrum wie z.B. Energiesparendes Bauen, Ausbau erneuerbarer Energien, umweltverträgliche Mobilität und Förderprogramme.

Aus unserer Sicht besonders wichtig ist, dass sich die Klimaschutzagentur als Impulsgeber für Politik und Wirtschaft versteht und gemeinsam mit ihren Partnern Projekte und Kampagnen in den o.g. Handlungsfeldern entwickelt.

Mehr Transparenz bei den städtischen Gebühren

Verschiedene Studien haben festgestellt, dass die Müllgebühren in Potsdam im Vergleich zu anderen Städten sehr hoch sind. Die Stadtverwaltung hat dies zwar stets zurückgewiesen, aber aus unserer Sicht die Ergebnisse der Studien nicht eindeutig und nachvollziehbar widerlegt. Wir fordern eine größere Kostentransparenz bei der STEP. Einsparpotentiale durch eine stetige Optimierung der Entsorgung durch die STEP müssen genutzt werden.

Die Kredite zur Finanzierung der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe, die bei der Gebührenkalkulation maßgeblich eingeflossen sind, laufen im Jahr 2017 aus. Bei der Kalkulation der Gebühren fallen auch die Investitionspläne für die Anpassung der Infrastruktur

an die aktuellen Wachstumszahlen ins Gewicht. Wir fordern vor diesem Hintergrund eine deutliche Transparenz bei der Gebührenbemessung.

Eine bessere Abfallverwertung für die Stadt

In Potsdam sollte wie in anderen Kommunen auch eine Wertstofftonne anstelle der gelben Tonne eingeführt werden, in der neben Verpackungen auch andere stoffgleiche Abfälle gesammelt werden. Außerdem fordern wir Transparenz und Information darüber ein, wie die eingesammelten Abfälle tatsächlich entsorgt bzw. verwertet werden, um überprüfen zu können, ob die Vorgaben des Abfallwirtschaftsgesetzes eingehalten werden.

Der innenstadtnahe Wertstoffhof in Babelsberg sollte aus Gründen der Nutzerfreundlichkeit und der Verkehrsvermeidung erhalten und im Potsdamer Norden ein weiterer Wertstoffhof eingerichtet werden. Für die Potsdamer Bioabfälle müssen die Stadt und die STEP am Vorhaben festhalten, eine Bioabfallvergärungsanlage zu errichten.

Drei konkrete Projekte für Potsdam, die wir angehen wollen

Reduzierung Müllaufkommen und Stärkung der Wiederverwertung

Verschiedene Städte Europas unterstützen mit guten und erfolgreichen Projekten Bürger dabei, Müll zu vermeiden, mehr zu reparieren und wiederzuverwenden. Beispielsweise hat das englische Bristol im Rahmen der Kampagne „Green Capital Europe“ eine Initiative gestartet, um zu einer "Zero Waste"-Stadt zu werden, also einer Stadt, die möglichst keinen nicht-wiederverwendeten Müll mehr produziert. Die Stadt will mit Hilfe ihrer Bürger und Unternehmen vornehmlich die Entstehung von Müll vermeiden und den anfallenden Müll soweit wie möglich einer Weiterverwendung zuführen, um damit den Einstieg in die Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Wir wünschen uns von unserer Stadt ein ähnliches Projekt, um das Bewusstsein bei den Bürgern für die Bedeutung von Ressourceneffizienz für Klima- und Umweltschutz zu stärken.

Stärkung der Elektromobilität in der Stadt

Mit den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Januar 2017 und 1. März 2017 zur Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Elektroautos und zum Ausbau von Carsharing unter Einbeziehung von Elektromobilität sind erste Schritte zur Stärkung der Elektromobilität gemacht worden.

Sobald es eine ausreichende Zahl von Elektromobilen im städtischen Fuhrpark gibt, sollte als nächster Schritt die Integration des Fuhrparks in die Carsharing-Angebote angestrebt werden.

Bisher gibt es noch kein kommunales Konzept, auch die private Elektromobilitätsnutzung in Potsdam zu stärken. Zum Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur können die Stadt und die EWP einen großen Beitrag leisten. Der Bund stellt ab sofort dafür in den nächsten Jahren Fördermittel bereit. Wir fordern die Stadt auf, geeignete Standorte für Ladesäulen zu identifizieren und die notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen, um die entsprechenden Förderanträge zu stellen.

Beteiligung der Stadt am European Energy Award

Der European Energy Award ist ein Qualitätsmanagementverfahren, das die Erfolge einer Kommune bei Energieeffizienz und Klimaschutz mess- und sichtbar macht und mit einer Auditierung abschließt.

<http://www.european-energy-award.de/>

Das von der Stadtverwaltung eingerichtete Ampelsystem, welches den Fortschritt bei der Umsetzung des Maßnahmenpakets aus dem städtischen Klimaschutzkonzept zeigt, macht nicht sichtbar, ob und wieviel CO₂-Ersparnis tatsächlich erreicht wurde. Ob tatsächlich hinreichende Einsparungen erzielt wurden, ist zweifelhaft, denn die EWP, der hierfür eine entscheidende Bedeutung zukommt, ist mit ihren Jahreszielen zur CO₂-Reduzierung im Rückstand.

Hier braucht es effektivere Methoden des laufenden Monitorings. Diese kann der EEA bieten. Die Kosten für die Auditierung können zu 80% von der EU und dem Land über das RENPlus-Programm 2014-2020 gefördert werden.

Wir werden uns erneut dafür einsetzen, dass die Stadt Potsdam sich an dem European Energy Award beteiligt.